

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand, KJG, KLJB

Ausstieg aus der Atomenergie

A. Beschreibung der Ausgangssituation

Seit drei Jahren fordern katholische Jugendverbände im BDKJ in der Diözese Regensburg eine Energieversorgung ohne Atomenergie, bei gleichzeitiger Förderung von regenerierbaren Energiequellen und von Energiesparmaßnahmen. Insbesondere in der Ablehnung der geplanten WAA in Wackersdorf zeigte sich ihr Engagement. Tschernobyl hat vielen Menschen gezeigt, daß die Auswirkungen der Atomenergie das Leben von Mensch und Natur in weitaus größerem Ausmaß zerstören können, als andere Großtechnologien und das die Folgen atomarer Unfälle vor nationalen Grenzen nicht haltmachen.

Daß es den perfekten und fehlerlosen Menschen, den die Sicherheitsphilosophie der AKW-Betreiber und deren hoch entwickelte Technologie verlangt, nicht gibt, hat die Katastrophe von Tschernobyl gezeigt. Deshalb können auch bessere Sicherheitssysteme in deutschen Atomanlagen nicht ausschließen, daß es doch zu einem Unfall kommen kann. Dieses Restrisiko kann nach Meinung der Befürworter der Atomenergie als Preis für unseren Fortschritt akzeptiert werden.

Angesichts von Tschernobyl wird deutlich, was dieses Restrisiko bedeuten kann:

Strahlenkrankheit, erhöhtes Krebsrisiko, Fehlgeburten und Erbschäden, Evakuierung der Bevölkerung, Vernichtung von Ernten...

Aus diesen Gründen halten wir es für notwendig, weiterhin und in noch stärkerem Maße für eine Abkehr von der jetzigen Energiepolitik einzutreten.

B. Kirchliche Aussagen und unsere Verantwortung

Die deutsche Bischofskonferenz hat sich 1980 zur Energiefrage in dem Schreiben "Zukunft der Schöpfung, Zukunft der Menschheit" zu Wort gemeldet.¹⁾ Darin heißt es: "Es darf aber keine Art von Energiegewinnung vorangetrieben werden, bei welcher eine ernste Gefahr für das Leben der Menschen durch mögliche Unfälle oder Nebenwirkungen drohten. Es gibt keinen Grund, der eine Ausnahme von der Regel rechtfertigt." (Zitat)

In der gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz 1985 "Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung" heißt es zudem:²⁾ "Bloße Kurskorrekturen reichen längst nicht mehr aus. Wir müssen einsehen lernen, daß hinter der Umweltkrise letztlich unsere eigene Krise und unsere Unfähigkeit steht in rechter Weise Verantwortung zu übernehmen." (Zitat)

Die Kirche mit ihren verschiedenen Gruppen ist aufgefordert, Konsequenzen aus den Verlautbarungen zu ziehen und zu den Gefahren der Atomenergie Stellung zu beziehen. Bereits die bisherige Nutzung der Atomenergie hat ein auf Jahrtausende währendes Gefahrenpotential für die Schöpfung geschaffen. Desto dringlicher ist eine Umkehr notwendig.

Umkehr bedeutet, daß dem Menschen die Möglichkeit eröffnet wird, ein als falsch erkanntes Verhalten zum Guten hinzuwenden, bzw. getroffene Entscheidungen durch neue Erkenntnisse und tiefere Einsicht zu korrigieren.

1) Zukunft der Schöpfung, Zukunft der Menschheit, Erklärung der deutschen Bischofskonferenz, 1980, Bonn

2) Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung, gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Dt. Bischofskonferenz, 1985, Köln, Seite 16

Umkehr zum Leben: aus christlicher Sicht muß nicht nur bestehendes Leben geschützt werden, sondern es ist auch eine Aufgabe, sich für die Erhaltung von Lebensbedingungen einzusetzen, die eine Weitergabe gesunden Lebens ermöglichen.

Ein glaubwürdiges Eintreten für die bedrohte Schöpfung und den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen für den Menschen ist eine klare Herausforderung für die Kirche und ihre Mitglieder.

C. Verantwortbare Energieversorgung

1) Kriterien der Enquête-Kommission (1980) zur Zukünftigen Energiepolitik

Die Enquête-Kommission "zukünftige Kernenergiepolitik" des achten Deutschen Bundestags hat sich auf vier Kriterien geeinigt, nach denen beurteilt werden soll, wie weit der gesellschaftliche Nutzen eines Energiesystems den dafür erforderlichen Aufwand wert ist. Es sind dies die Kriterien:

- Wirtschaftlichkeit
- Internationale Verträglichkeit
- Umweltverträglichkeit
- Sozialverträglichkeit

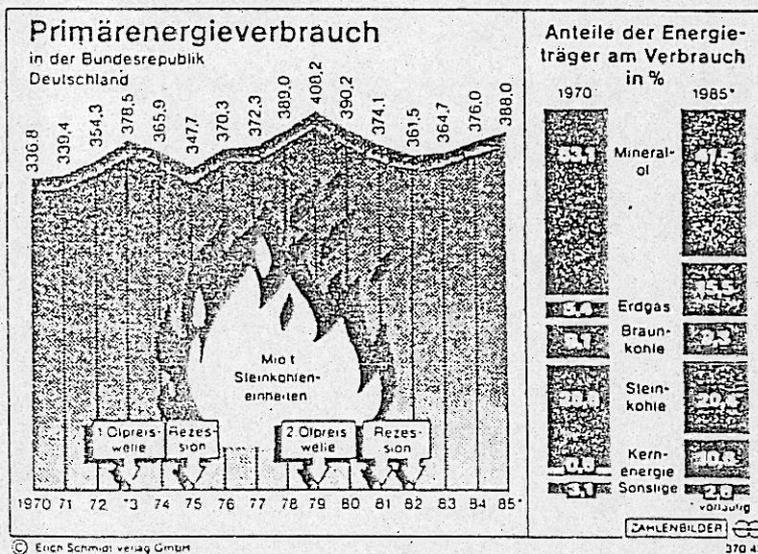
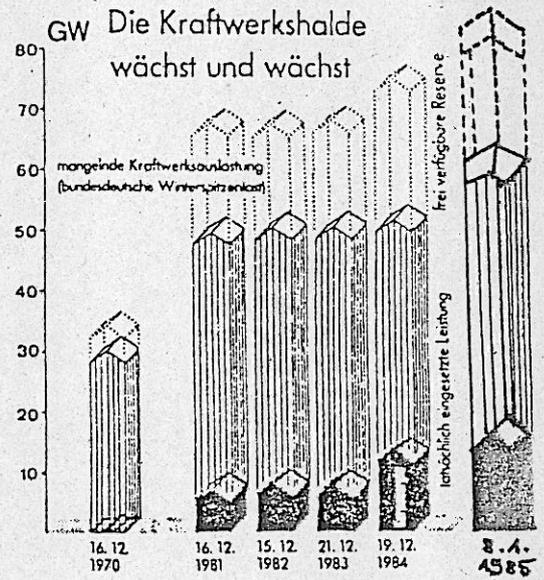
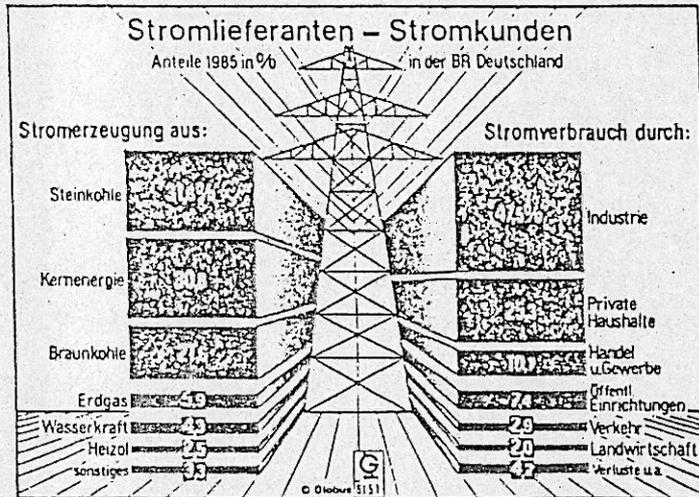
Wirtschaftlichkeit ist hier so zu verstehen, daß das Energiesystem den langfristigen Interessen der Volkswirtschaft entspricht. Dabei geht es nicht nur um eine kostengünstige Versorgung. Dieser Gesichtspunkt kann sogar hinter denen der Flexibilität, Bedarfsgerechtigkeit usw. zurücktreten.

Internationale Verträglichkeit ist dann am ehesten gewährleistet, wenn das Energiesystem dazu beiträgt, die internationalen Spannungen abzubauen; es sollte z.B. aus konflikträchtigen Abhängigkeiten herausführen (z.B. OPEC), entwicklungspolitisch positiv zu bewerten sein, und Nachbarstaaten in keiner Weise gefährden.

Das Kriterium der **Umweltverträglichkeit** soll dafür sorgen, daß von mehreren zur Wahl stehenden Möglichkeiten derjenigen der Vorzug gegeben wird, welche die Umweltbelastung möglichst verringert.

Das Kriterium **Sozialverträglichkeit** wurde analog zu dem der Umweltverträglichkeit gebildet. In einem spezifischeren Verständnis soll unter Sozialverträglichkeit die Verträglichkeit mit der gesellschaftlichen Ordnung und deren Entwicklung verstanden werden (Rechtsstaat, Demokratie, Grundrechte, Wirtschaftsstil, Akzeptanz).

2) Derzeitige Situation in der BRD



Zahlen entnommen aus SZ, 14.7.1986
Quelle: Elektrizitätswirtschaft 19, 1985

Wie die Zahlen eindeutig zeigen, ist ein sofortiger Verzicht auf die Atomenergie technisch möglich. Beim sofortigen Abschalten der Atomkraftwerke ist jedoch zu berücksichtigen, daß ökologische Schäden vermieden werden müssen (z.B. erhöhte Luftschadstoffbelastung durch Zuschalten von alten Kohlekraftwerken ohne Rauchgasreinigung).

Seit einigen Monaten liegt nun eine Folgestudie mit dem Titel "Die Grenzen der Atomwirtschaft" vor, die die Enquête-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" der Vereinigung Deutsche Wissenschaftler in Auftrag gegeben hat. Unter Leitung der Professoren Klaus Meyer-Abich und Bertran Scheffold kamen die Wissenschaftler zu folgendem Ergebnis. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich energiepolitisch in einer Verzweigungssituation. Es muß sich möglichst bald entscheiden, ob die fossilen, nicht erneuerbaren Energieträger (Kohle, Öl, Erdgas) mittel- bis langfristig durch viele neue Atomreaktoren und Schnelle Brüter oder über den Weg regenerierbarer Energie (Sonnenenergie) und Energieeinsparung ersetzt werden.

- Sowohl das regenerierbare als auch das nicht regenerierbare Energiesystem ist
 - technisch machbar oder beinhaltet bereits absehbare Entwicklungsschritte
 - geeignet, die Energiedienstleistungen für Wirtschaft und private Haushalte bereitzustellen
 - energiewirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich vertretbar
 - ohne Komfortverzicht möglich.

Grundsätzlich zeigt diese Studie aber, daß die von der Enquête-Kommission vorgegebenen 4 Kriterien (siehe Punkt 1) sich mit dem Weg über ein Energiesystem mit Nutzung regenerierbarer Energiequellen und Energieeinsparung besser verwirklichen lassen. Nur die politische Entscheidung zwischen den beiden Wegen ist jetzt nötig, um die bereitstehenden Forschungs- und Entwicklungsgelder zielsicher auszugeben. Bei der Entscheidung ohne Atomenergie zu wirtschaften geht es nicht um eine grundsätzliche Abkehr von der Industriegesellschaft, wohl aber um die Abkehr von einem industriellen Entwicklungsweg, der von Verschwendung und gesellschaftlich - ökologischer Verantwortungslosigkeit geprägt ist und dessen sichtbarstes Symbol die Atomenergie ist.

Ein Entwicklungsweg der einen sparsamen Umgang mit Ressourcen verlangt, bedeutet keinen Rückschritt in vorindustrielle Zeiten. Es geht vielmehr um eine kluge und weitsichtige technologische wie ökonomische und ökologische Orientierung hin zu einer lebens- und bedürfnisorientierten Technik und Wirtschaft.

Neben der Studie von Meyer-Abich und Scheffold (Die Grenzen der Atomwirtschaft), gibt es noch eine Reihe anderer Studien, die zu dem Ergebnis kommen, daß bei Ausschöpfung des größtmöglichen Energiepotentials die Atomenergie sofort überflüssig wäre und mit sinnvollerem Energieeinsatz die Zeit der Umstellung auf die breite Verwendung von regenerativen Energiequellen überbrückt werden könnte.

Für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland sollen folgende Untersuchungen angeführt werden, die Grundlagen für unsere Forderungen sind:

- Die Studie des Ökoinstituts Freiburg: "Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl (1980)
- In einer Fortsetzung der Studie von 1980 veröffentlichte das Ökoinstitut 1985 ein Szenario mit dem Titel "Die Energiewende ist möglich", in dem unter dem Ansatz der Rekommunalisierung der Energiewirtschaft konkrete Bedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten einer Energiepolitik erarbeitet wurden.
- Der Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur zukünftigen Kernenergiepolitik (1980)
- Der Endbericht eines 5jährigen Forschungsprojekts der Vereinigung deutscher Wissenschaftler "Die Grenzen der Atomwirtschaft" (1986)
- Speziell für die Oberpfalz existiert eine Modellstudie über die Nutzbarkeit regionseigener Energiepotentiale im ländlichen Raum von 1983, durchgeführt von der Energie-System-Planungs GMBH, München, im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Studie schätzt das wirtschaftlich nutzbare, regionseigene Energiepotential auf rund 68% des heutigen Endenergiebedarfs für den Wärmemarkt der Region.
- Die Studie von Müller-Reißmann und Schaffner, die 1984 im Auftrag der Grünen erstellt wurde.
- Die Studie des Hessischen Umweltministeriums: "Energieversorgung ohne Atomkraft, Möglichkeiten für den sofortigen Verzicht auf die Atomenergie bei der Stromversorgung der BRD und des Landes Hessen aus energiewirtschaftlicher Sicht.
- Öko-Institut Freiburg: Stromversorgung ohne Atomenergie, Möglichkeiten für den sofortigen Ausstieg Bayerns aus der Atomenergie 1986

Alle Untersuchungen kommen zum Ergebnis, daß eine Energieversorgung ohne Atomkraft möglich ist. Es fehlt dazu letztlich nur der politische Wille.

D. Forderung des BDKJ: Mit dem Ausstieg sofort beginnen

Der BDKJ in der Diözese Regensburg lehnt die Nutzung der Atomenergie ab. Der BDKJ fordert daher einen sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie, d.h.

- Verzicht auf die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf,
- keine Inbetriebnahme des Schnellen Brütlers in Kalkar und anderer im Bau befindlicher Atomanlagen.
- schrittweise Stilllegung aller Atomanlagen

Unverzichtbar ist für den BDKJ eine grundsätzliche Umstrukturierung der Energiepolitik und -Versorgung.

Die konkreten Maßnahmen müssen sein:

- 1) Ein Sofortprogramm zur Förderung von Energiesparmaßnahmen, (die konsequente Einsparung von Energie durch die optimale Auslegung aller technischen Geräte und Anlagen, sowie die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs durch Wärmedämmungsmaßnahmen).
- 2) Unabhängige Beratungsstellen für den Einzelverbraucher.
- 3) Verbot von Neuanschlüssen der sog. Energieschlucker wie Nachtspeicherheizungen, elektrische Direktheizungen.
- 4) Die verstärkte Erforschung und Nutzung erneuerbarer und sauberer Energiequellen Sonne, Wind, Wasser, Biomasse usw.
- 5) Ausrüstung von neu zu bauenden Kraftwerken und Kraftwerkseinrichtungen mit der Technik der Kraftwärmekoppelung und konsequente Einführung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen.
- 6) Die Einführung linearisierter bzw. zeitvariabler Tarife. Verbot von Mengenrabattierung und unangemessenen Preisdifferenzierungen zwischen Verbrauchergruppen. Wer wenig verbraucht, zahlt weniger und nicht umgekehrt.
- 7) Verbesserte Einspeisebedingungen von Klein-Strom-Erzeugern in das Stromnetz.
- 8) Abschaffung des Strommonopols der Energieversorgungsunternehmen, da Macht- und Interessenskonzentration Energieeinsparung und dezentrale Energieversorgung verhindern.
- 9) Umgestaltung der zentralen, gewinnorientierten Energieversorgung in eine dezentrale, bedarfsorientierte Versorgung.
(Für die Nutzung regenerativer Energiequellen, sowie für den ressourcenschonenden Einsatz von kleinen Blockkraftwerken in Industrie und Kommune sind wirksame Anreize zu schaffen. Auch bei der dezentralen Energiegewinnung muß ein optimaler Umweltschutz gewährleistet sein.)

Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen (Kolpingjugend) und 2 Enthaltungen angenommen.